

WAS WIR VON ERFAHRUNGEN ANDERER LÄNDER LERNEN KÖNNEN

Geflüchtete in ländlichen Räumen

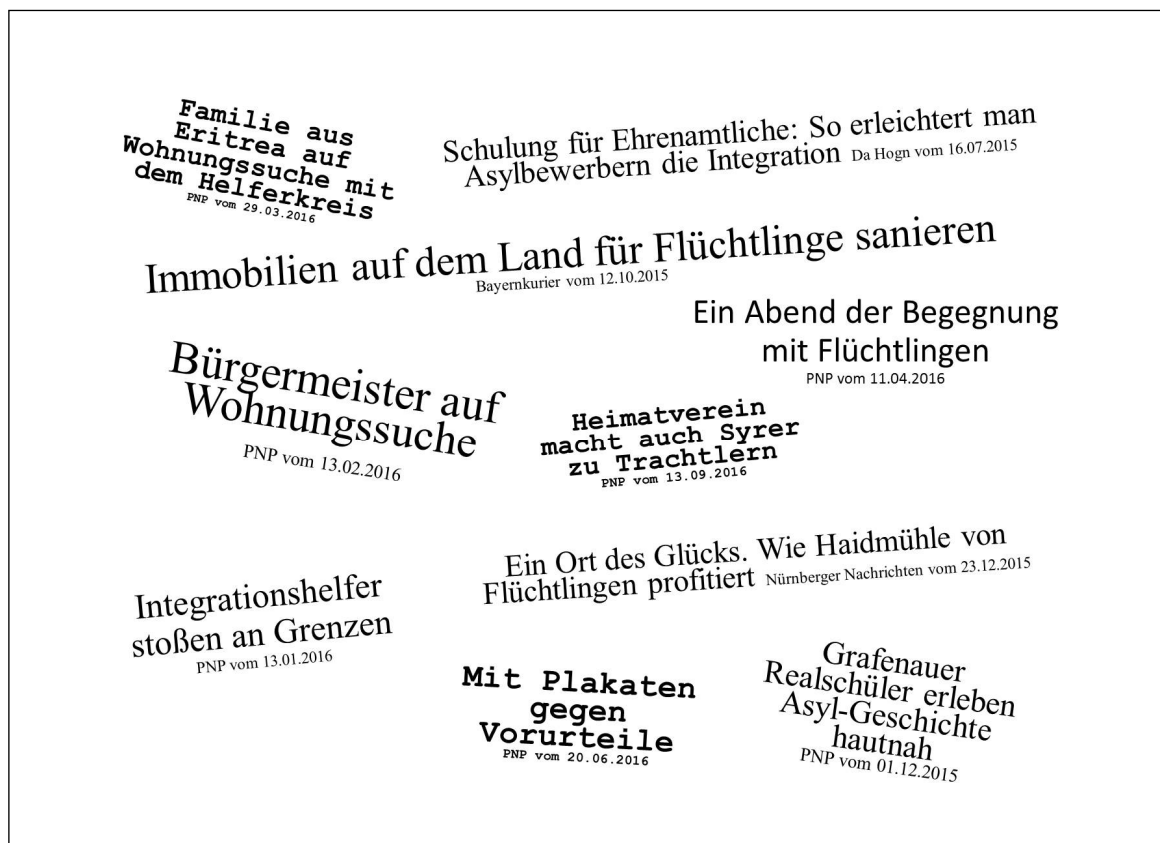
TOBIAS WEIDINGER / STEFAN KORDEL || Geflüchtete in ländlichen Räumen stellen die Gesellschaft und insbesondere die Lokalbevölkerung vor Herausforderungen und bieten zugleich vielfältige Entwicklungschancen. Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Studien beschreiben Erfahrungen aus (außer-)europäischen ländlichen Räumen und geben einen ersten Überblick über Vor- und Nachteile dezentraler Unterbringung im Allgemeinen, die Reaktionen von Lokalbevölkerung und Tourismusverbänden sowie Chancen zur Entwicklung der Region, die aus interkulturellen Begegnungen und regionalen Lernprozessen erwachsen und beleuchten schließlich die Erfahrungen, die Geflüchtete selbst in ländlichen Räumen gemacht haben.

EINFÜHRUNG

Bedingt durch (bürger-)kriegsähnliche Zustände im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent erreichte im Jahr 2015 eine Vielzahl an Asylsuchenden Bayern und Deutschland. Aufgrund der dezentralen Verteilungspolitik werden sie zunächst sowohl in hochverdichteten Zentren als auch in ländlichen Räumen untergebracht. Darüber, wo Menschen nach der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus wohnen (wollen), ist bisher nur wenig bekannt. Sofern sie nicht von der staatlichen Steuerungsmaßnahme Wohnsitzregelung (auch Wohnsitzzuweisung) betroffen sind (vgl. § 12 a AufenthG sowie für Bayern § 8 DVAsyl), können sie ihren Wohnsitz mit dem Abschluss des Verfahrens frei wählen. Nach Meinung von Experten¹ und erster statistischer Zahlen der Bundesagentur für Arbeit² ziehen viele in die großen Ballungsgebiete um. Als Gründe werden u. a. die Nähe zu Verwandten, Freunden oder ethnischer *Communities* in den Städten sowie die Schwierigkeit, auf dem Land Arbeit zu finden, angeführt. Aus der Perspektive von Landes- und Kommunalpolitikern sprechen jedoch einige Argumente dafür, Geflüchteten³ ländliche Räume als Wohnstandorte „schmackhaft zu machen“: zur Verfügung stehender Wohnraum, also Leerstände,

Arbeitskräftebedarf in Mangelberufen oder un- ausgelastete (Sozial-)Infrastrukturen (Schulen, Kindergärten).

Sowohl in der Lokalpresse (vgl. Abb. S. 104) als auch in zahlreichen wissenschaftlichen Studien aus unterschiedlichen fachlichen Disziplinen der Sozialwissenschaften (Anthropologie, Sozialgeographie, Politikwissenschaften und Soziologie) wurde das Thema „Geflüchtete in ländlichen Räumen“ im europäischen und außereuropäischen Kontext aufgegriffen. Unter Berücksichtigung internationaler Forschungsliteratur der vergangenen zehn Jahre (2005-2016) werden in diesem Beitrag verschiedene Aspekte, beginnend bei der staatlich gelenkten Unterbringung von Asylsuchenden über die Wohnstandortwahl nach der Anerkennung bis hin zur Integration vor Ort, diskutiert. Ziel ist es, ein differenziertes Bild der Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die Potenziale für die Entwicklung ländlicher Räume zu zeichnen. Zunächst werden Chancen und Herausforderungen dezentraler Unterbringung aufgezeigt, bevor die Perspektive der Lokalbevölkerung und von Vertretern der Tourismusverbände diskutiert werden. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit interkulturellen Begegnungen und wie diese regionale Lernprozesse initiieren können.



Quelle: eigene Abbildung

Die Sichtweisen der Geflüchteten und insbesondere die Erfahrungen, die Geflüchtete in ländlichen Räumen gemacht haben, werden in einem weiteren Kapitel dargestellt. Schließlich werden zentrale Aspekte des Beitrags zusammengefasst und herausgearbeitet, was Bayern und Deutschland in Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten in ländlichen Räumen von Erfahrungen anderer Länder lernen können.

ERFAHRUNGEN MIT GEFLÜCHTETEN IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Das Für und Wider dezentraler Unterbringung – Chancen und Hemmnisse

Am Beispiel Australiens beschäftigte sich die Sozialgeographin Susanne Schech mit Argumenten für eine dezentrale Verteilung von Flüchtlingen und zeigte am Beispiel einer 40.000-Einwohner-Stadt die Chancen und Hemmnisse der Integration von Flüchtlingen auf dem Land auf.⁴

Als Gründe, die die australische Politik für eine dezentrale Verteilung anführt,⁵ konnte Schech sowohl Lastenargumente, wie die Verteilung der Kosten auf alle Regionen bzw. Kommunen, die Reduzierung eines Arbeitsplatzdruckes und die Entlastung der städtischen Wohnungsmärkte sowie die Vermeidung sozialer Probleme und inter-ethnischer Spannungen in migrantisch geprägten Stadtvierteln als auch Argumente der regionalen Entwicklung identifizieren. Letztere beziehen sich auf die Möglichkeit, dass Flüchtlinge den Bevölkerungsrückgang, Arbeitskräftemangel und den Rückbau von Infrastrukturen (z. B. Schulen) abmildern bzw. mancherorts sogar eine Revitalisierung einleiten und damit einen Beitrag zu ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit leisten können.

Im Rahmen von ersten Pilotprojekten wurden im Jahr 2005 gezielt Familien, die bereits in ihren Herkunftsländern in ländlichen Räumen lebten oder deren Fähigkeiten bzw. beruflicher Hintergrund zu den Arbeitsangeboten in länd-

lichen Räumen passten, ausgewählt und in Kleinstädten in ländlichen Räumen angesiedelt. Die Pilotprojekte wurden als sehr erfolgreich bewertet, offenbarten jedoch auch Hemmnisse ländlicher Räume bei der Integration, wie das Fehlen spezifischer Dienstleistungen (qualifizierte Übersetzer, Ärzte, die sich mit medizinischer Betreuung von Flüchtlingen auskennen oder entsprechende Angebote an Schulen wie z. B. Sprachunterricht „Englisch als Fremdsprache“). Darüber hinaus wurden eine zu geringe Anzahl an bezahlbaren Mietwohnungen, ein schlecht ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und Schwierigkeiten beim Arbeitsmarktzugang als Hindernisse identifiziert.

Kleinstädte mit einer schlechten Infrastruktur erschweren die INTEGRATION von Geflüchteten.

In den 20 von Schech durchgeführten Tiefeninterviews mit Flüchtlingen und Vertretern der Behörden und Sozialverbände zeigte sich in Bezug auf den Arbeitsmarkt, dass Flüchtlinge in den Kleinstädten häufig entweder keine Arbeit fanden oder beispielsweise aufgrund fehlender Anerkennung von Abschlüssen unterbezahlte und unterqualifizierte Jobs annehmen mussten. Insbesondere in Ämtern und karitativen Einrichtungen boten sich jedoch Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. als Übersetzer für neuankommende Flüchtlinge. Neben der Arbeit der lokalen Helferkreise waren für die Integration in der Provinzstadt insbesondere unterstützende Strukturen durch *ethnische Communities* wichtig, da sie Nachteile des ländlichen Raums, wie die bereits angesprochenen fehlenden spezialisierten Dienstleistungen, auffangen konnten. Die Etablierung dieser ethnischen Gemeinschaften bzw. deren Angebote wurde von den Behörden und Sozialverbänden deshalb zum Teil mit Fördermitteln unterstützt. Schließlich konnte Schech feststellen, dass eine kritische Masse von Flüchtlingen derselben oder ähnlichen ethnischen Gruppe dazu beitrug, dass Flüchtlinge sich aktiv dazu entschieden, vor Ort wohnen zu bleiben und darüber hinaus auch weitere Flüchtlinge aus anderen Teilen des Landes in die Kleinstadt angezogen wurden.

Dezentrale Unterbringung aus Sicht lokaler Akteure: Reaktionen von Lokalbevölkerung und Tourismusverbänden

Die Reaktionen der Lokalbevölkerung und insbesondere den Widerstand der ländlichen Bevölkerung gegen geplante Aufnahmezentren von Asylbewerbern diskutierte der Soziologe Phil Hubbard anhand zweier regionaler Fallbeispiele in East Midlands und South East England.⁶ Um den Großraum London und den Südosten Englands zu entlasten, sollten im Rahmen einer nationalen Verteilungsstrategie neue Standorte für Asylaufnahmezentren gefunden werden. Diese Diskussionen wurden jedoch von der Politik hinter verschlossenen Türen geführt. Das Durchsickern der geplanten Standorte an die Presse führte in den betroffenen Kommunen in der Folge zu einer großen Protestwelle, bei der u. a. Bürgergruppen gegründet wurden, die die Interessen der Anwohner vertreten sollten.⁷ Als vermeintliche Gründe gegen eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern führten Bürger die im Vergleich zu den Ballungszentren fehlenden entsprechenden Einrichtungen und Integrationsmöglichkeiten an und beriefen sich dabei auch auf Unterbringungsrichtlinien des Internationalen Roten Kreuzes oder Aussagen des regionalen Flüchtlingsrates. Lokale Behörden griffen die angeführten Gründe der Bürger zum Teil unreflektiert auf und ergänzten diese um planerische Aspekte, wie die Unvereinbarkeit des Asylaufnahmezentrums mit dem Flächennutzungsplan oder dem regionalen Entwicklungsplan sowie Aspekte des Umweltschutzes (starke Zunahme des Verkehrsaufkommens).

Teile der einheimischen Bevölkerung haben ÄNGSTE vor fremden Kulturen und Gebräuchen.

Hubbard stellte jedoch fest, dass die von der Lokalbevölkerung genannten Gründe meist nur vorgeschoben wurden, um eigene Ängste zu überdecken. Mithilfe der Analyse von Beschwerdebriefen an die Bezirksregierungen konnte er drei Haupt-Diskurslinien identifizieren:

1. Asylbewerber seien unproduktiv bzw. würden keinen Beitrag zur lokalen Wirtschaft leisten und stattdessen zu Konkurrenz um Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor führen; 2. Asylbewerber seien selbst schuld an ihrer Situation, wobei nicht zwischen „Kriegsflüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ unterschieden wird; 3. Asylbewerber seien kriminell, Langeweile und ein monotoner Alltag in den Unterkünften führt zu Kriminalität. Insbesondere letztere Diskurslinie identifiziert Asylbewerber als eine Gruppe, die die Vorzüge des Lebens auf dem Land (Ruhe, Idylle, Sicherheit) in Frage stellt und zu einem negativen Image des Ortes führen würde.

Hubbard interpretierte diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der großen symbolischen Rolle des ländlichen Raums (*countryside*) für die Identitätskonstruktion der Briten folgendermaßen: Die geplante Unterbringung von Asylbewerbern führte seitens der Lokalbevölkerung zu dem Versuch „sich“ von „dem unbekanntem Anderen“ abzugrenzen. Die Angst vor dem Anderen wurde dabei auf Individuen und Gruppen projiziert, die aufgrund ihrer Kultur, ihrer Gebräuche und ihres *way of life* von der ländlichen Mehrheitsgesellschaft bzw. deren Normen abweichen. Die Ablehnung der Asylsuchenden kann daher als (oft ungewollt rassistischer) Prozess verstanden werden, sich seiner eigenen Identität zu versichern.

Am Beispiel des Bundeslands Tirol untersuchte der Politikwissenschaftler Raimund Pehm die Unterbringung von Asylbewerbern aus Sicht der lokalen Tourismusverbände.⁸ In der wirtschaftlich stärksten Tourismusregion Österreichs werden Asylbewerber in der Regel dezentral, d. h. in kleinen Sammelunterkünften insbesondere in kleinen Gemeinden, untergebracht. Dabei werden häufig schlecht ausgelastete Gasthöfe oder Pensionen in Unterkünfte für Asylbewerber umgewandelt.

Mithilfe einer quantitativen Befragung stellte Pehm fest, dass die Unterbringung in touristischer Infrastruktur und in kleinen Gemeinden von den Verbänden durchaus kritisch gesehen wird, da diese nicht mit der gleichzeitigen Beherbergung von Touristen zu vereinbaren sei. Die Verbände fürchteten negative Auswirkungen auf die Branche in Form von verunsicherten oder

ausbleibenden Urlaubsgästen, wobei sie 1. eine mit der Unterbringung von Asylbewerbern einhergehende Verschlechterung der Sicherheitslage (36 %), 2. die Präsenz der Asylbewerber im öffentlichen Raum und in Freizeiteinrichtungen (28 %) sowie 3. die Zunahme von Lärm und Schmutz (17 %) als wichtigste Gründe anführten.

Pehm greift die drei am häufigsten genannten Gründe auf und versucht diese zu erklären. In Bezug auf die in 1. formulierte Verschlechterung der Sicherheitslage widerlegen mehrere Tiroler Bürgermeister die Behauptung und unterstreichen, dass es zu keinem auffälligen Anstieg von Straftaten gekommen sei. Die Präsenz von Asylbewerbern im öffentlichen Raum und in Freizeiteinrichtungen (siehe 2.) führt der Autor zum einen auf die erzwungene Arbeitslosigkeit und ein damit verbundenes Übermaß an Freizeit an.⁹ Zum anderen lassen sich auch beengte Wohnverhältnisse und eine fehlende Privatsphäre in den Unterkünften als Gründe anführen, warum Asylbewerber den öffentlichen Raum als „verlängerte Wohnung“¹⁰ nutzen.

Im öffentlichen Raum sichtbar werden Asylbewerber insbesondere dann, wenn sie scheinbar „zweckfrei“ unterwegs sind, während Einheimische ihrer Arbeit nachgehen oder einkaufen und Touristen Ausflüge machen oder Sehenswürdigkeiten besichtigen.

Das Verhalten der Asylbewerber wird oft falsch interpretiert und führt zu MISSVERSTÄNDNISSEN.

Die Zunahme von Lärm und Schmutz (siehe 3.) durch laute Gespräche im öffentlichen Raum oder falsche Abfallentsorgung kann auf fehlender Vertrautheit mit landes- oder ortsüblichen Gebräuchen basieren. Für Pehm ist das Ausmaß von Lärm und Schmutz deshalb auch ein Indikator für die Quantität und Qualität der sozialen Betreuung von Asylbewerbern in ihren Unterkünften.¹¹

Um den genannten Ängsten der Tourismusverbände zu begegnen, schlägt Pehm ein verbandliches Anhörungsrecht vor. Die Einbindung der Touristiker (z. B. Verbandsvertreter, Hoteliers, Gastronomen) in den Prozess der Einrichtung von Unterkünften auf lokaler Ebene könnte auch in Form eines runden Tisches erfolgen, bei dem Erwartungen und Befürchtungen diskutiert und Informationen ausgetauscht werden.

Interkulturelle Begegnungen und regionale Lernprozesse

Vor dem Hintergrund einer sich ausdifferenzierenden ländlichen Gesellschaft in Australien beschäftigt sich der Soziologe David Radford mit interkulturellen Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen.¹² Die seit den 1990er-Jahren in Australien verfolgte Politik, Flüchtlinge wie auch qualifizierte Fachkräfte gezielt in ländlichen Räumen unterbringen zu wollen, um Abwanderung und Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, förderte in der Vergangenheit eine höhere kulturelle Diversität auf dem Land. Im Rahmen einer ethnographischen Feldstudie versuchte Radford die Reaktionen auf die zunehmende Diversität in ländlichen Räumen zu fassen. Er befragte dazu sowohl afghanische Flüchtlinge als auch Einheimische in einer 8.000-Einwohner-Gemeinde im Süden Australiens.

In seiner Untersuchung stellte der Soziologe fest, dass bei Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen Ängste und Unsicherheiten mitschwingen, die durch gegenseitige Missverständnisse häufig noch verstärkt werden. Um diese Ängste abzubauen und interkulturelles Verständnis zu fördern bzw. gezielt interkulturelle Begegnungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen zu schaffen, braucht es aus Sicht von Radford sogenannte „strukturelle“ und „alltägliche Brückenbauer“ (*structural transversal enabler* und *everyday transversal enabler*):¹³ Als „strukturelle Brückenbauer“ bezeichnet Radford Personen, die ehrenamtlich oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit interkulturelle Dynamiken zwischen Einheimischen und Flüchtlingen aktiv unterstützen bzw. diese positiv beeinflussen. Dazu zählen erstens politische Entscheidungsträger, die als lokale Eliten durch ihre positive Einstellung gegenüber Zuwande-

rung eine offene Grundhaltung in der Kommune auslösen können, zweitens die Leiterin des Kindergartens, die Eltern von Flüchtlingskindern aktiv in die Arbeit des Elternbeirats einbindet, oder drittens Ehrenamtliche (Einheimische und früher angekommene Flüchtlinge), die sich für die Bedürfnisse der Neuankömmlinge einsetzen und bei der Eingewöhnung in der neuen Umgebung helfen. Als „alltägliche Brückenbauer“ fungieren hingegen alle Personen, die interkulturelle Dynamiken in Alltagssituationen in der Gemeinde positiv beeinflussen, indem sie Unterschiede und Differenzen in alltäglichen Begegnungen überbrücken und damit Interaktionsmöglichkeiten ermöglichen.

Ehrenamtliche können als BRÜCKENBAUER zwischen Einheimischen und Geflüchteten fungieren.

Inwiefern Lernprozesse in lokalen Institutionen (Behörden, Ämter, Schulen) durch die Unterbringung und Integration von Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen initiiert werden, untersuchte die Sozialgeographin Susanne Stenbacka am Beispiel von zwei Gemeinden in Nordschweden.¹⁴ In den beiden proaktiven Kommunen,¹⁵ die Geflüchtete dezidiert als Chance sehen, der abnehmenden Bevölkerungszahl und dem Rückbau der Infrastrukturen zu begegnen, führte die Geographin 12 qualitative Experteninterviews mit lokalen Akteuren und konnte dadurch aufzeigen, wie mittels Zuzug von Geflüchteten Arbeitsabläufe in den lokalen Institutionen restrukturiert und verbessert wurden und verstärkt Kooperationen zwischen den lokalen Institutionen stattfanden (gegenseitige Konsultationen, Wissens- und Erfahrungsaustausch). Dabei wurde von den Experten gerade die geringe Größe der Gemeinde als Vorteil für die inter-institutionelle Zusammenarbeit bewertet, da Entscheidungswege und Entfernungen zwischen den Schlüsselakteuren kurz und Netz-

werke eng seien. Durch ein besseres Dienstleistungsangebot profitierten in der Folge nicht nur Geflüchtete, sondern auch weite Teile der einheimischen Bevölkerung. Wenn Gemeinden von internationaler Zuwanderung profitieren wollen, ist es aus Sicht von Stenbacka notwendig, dass Lernprozesse nicht nur in den Institutionen selbst, sondern auch in weiten Teilen der Gesellschaft (Geflüchtete und einheimische Bevölkerung) stattfinden. Hierbei spielen Information und Dialog eine bedeutende Rolle: Geflüchteten sollte das schwedische Sozialsystem nähergebracht werden, die einheimische Bevölkerung hingegen sollte ein besseres Verständnis über globale Migrationsprozesse erlangen.

Die Sicht der Geflüchteten – Erfahrungen in ländlichen Räumen

Am Beispiel eines kongolesischen Haushalts untersuchte die Anthropologin Birgitte Romme Larsen das Phänomen sozialer Ausgrenzung von Geflüchteten im ländlichen Dänemark.¹⁶ Im Rahmen einer 12-monatigen ethnographischen Feldstudie begleitete Larsen dabei unter anderem einen kongolesischen Familienvater, der als Kontingentflüchtling nach Dänemark kam und der im Jahr 1999 beschlossenen Wohnsitzauflage unterlag.¹⁷ Mit der Hilfe einer Dorfbewohnerin wurde er nach einer 10-monatigen Unterbringung im Dorfgasthof Mieter eines kleinen Hauses. Da der Familienvater die routinierten Praktiken des alltäglichen Lebens im ländlichen Dänemark nicht kannte – er also nicht wusste, wie Dinge vor Ort „richtig“ getan werden – machte er aus Sicht der Lokalbevölkerung zahlreiche Fehler, die sich negativ auf den Aufbau seiner sozialen Kontakte auswirkten und soziale Exklusion hervorriefen:

1. Da der Familienvater, dem die kulturelle Bedeutung des Hausgartens bisher nicht bekannt war, den Rasen nicht mähte und die Hecke nicht schnitt, wertete er – aus Sicht der Lokalbevölkerung – die ehrgeizige Gartenpflege der Nachbarn und die damit verbundene harte Arbeit ab. 2. Indem der Kongolese die Vorhänge seines Hauses ganztägig geschlossen hielt, um aus seinem kulturellen Verständnis heraus seine Privatsphäre zu schützen, offenbarte er aus Sicht der Lokalbevölkerung, dass er keinerlei sozialen

Kontakt wünscht. 3. Schließlich wartete der Familienvater tagsüber am Gehweg darauf, dass Dorfbewohner vorbeikommen und sich mit ihm unterhalten würden. Aus Sicht der Lokalbevölkerung erweckte dies den Eindruck, dass er nichts zu tun hätte und folglich nicht hart arbeiten würde. Für Romme Larsen sind es allerdings gerade die Alltagspraktiken, die dazu beitragen, ob Geflüchtete in kleinen ländlichen Dörfern sozial akzeptiert werden. In dem in der Studie beschriebenen Fall kümmerten sich insbesondere die Vermieterin und die anderen Nachbarn um die soziale Inklusion, indem sie ihn darauf hinwies, wie Dinge vor Ort „richtig“ gemacht werden. Mit der Zeit entwickelte der Familienvater vielfältige Bindungen an den Ort, sodass er auch nach Ende der Wohnsitzauflage noch auf dem Land wohnen blieb, obwohl er täglich 90 Minuten in die entfernte Stadt zur Universität pendeln musste.

Geflüchtete müssen die gesellschaftlichen GEPFLOGENHEITEN kennen, um sich „richtig“ integrieren zu können.

Mithilfe von narrativen Interviews mit 37 Asylbewerbern in East Anglia, Großbritannien, diskutieren die Sozialgeographin Susanne Schech und die Anthropologin Sophia Rainbird die Auswirkungen dezentraler Verteilung von Asylbewerbern auf ihren Integrationserfolg.¹⁸ Die befragten Asylbewerber sind sich darüber bewusst, dass Einheimische häufig Ängste vor „den Fremden“ haben und manche Politiker und mediale Diskurse beim Schüren dieser Ängste eine zentrale Rolle spielen. Der kurdische Iraker Ahmad äußerte zudem Erfahrungen mit tätlichen Übergriffen und rassistischen Anfeindungen. Aus Angst vor (erneuten) Übergriffen vermieden Asylbewerber in der Folge, insbesondere nachts, öffentliche Räume oder bestimmte Orte.

Schech und Rainbird stellten außerdem fest, dass Asylbewerber aufgrund ihres Status häufig von offiziellen Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen sind. Sie versuchen in der Folge sich selbst mithilfe bestimmter Praktiken in ländliche Gemeinschaften zu integrieren. Dazu zählen beispielsweise das Verwenden besser akzeptierter Kategorien wie Student oder Migrant oder das Benutzen bestimmter lokaler Ausdrücke bzw. Dialekte sowie das Anziehen lokal verbreiteter Kleidung (z. B. Tracht).

WAS WIR VON ERFAHRUNGEN ANDERER LÄNDER LERNEN KÖNNEN

Aus den genannten Fallbeispielen aus europäischen Nachbarländern und Australien lassen sich zusammenfassend folgende Aspekte festhalten, die rückblickend die Unterbringung und Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen verbesserten:

Informieren und aufklären:

- a) Bürger und Gewerbetreibende (z. B. Touristiker) frühzeitig über die Unterbringung von Asylsuchenden in ländlichen Räumen informieren und Möglichkeiten zur Partizipation aufzeigen. Bürger über Fluchtursachen und politische Verhältnisse in den Herkunftsländern der Geflüchteten aufklären.
- b) Gegenseitig über Gepflogenheiten und Bräuche informieren, mit dem Ziel eines verständnisvollen Miteinanders und einer Hilfestellung für Geflüchtete, „wie Dinge auf dem Land getan werden“.
- c) Geflüchtete über kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen informieren (schulische und berufliche Ausbildung, Arbeit und Studium, Freizeit- und Sportmöglichkeiten). Hierbei ergeben sich vielfach Überschneidungspunkte mit bestehenden Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und des Regionalmanagements, z. B. in Form einer „Willkommensagentur“.

Koordinieren und weiterbilden:

- d) Herkunft (städtischer oder ländlicher Raum) der Geflüchteten bei der Registrierung erheben und gemeinsam mit dem beruflichen Hintergrund bei der räumlichen Verteilung berücksichtigen.

- e) Ehrenamtliche Arbeit auf interkommunaler Ebene koordinieren, Ansprechpartner für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und in Hochschulen bestimmen (z. B. Ehrenamtskoordinatoren in den Landratsämtern, Ausbildungsakquisiteure bei Handwerkskammern, Ansprechpartner für studieninteressierte Flüchtlinge an den Hochschulen und Universitäten).
- f) Ehrenamtliche und Mitarbeiter in Polizei, Behörden, Ämtern und Verbänden für die Arbeit mit Flüchtlingen qualifizieren.

Fördern und Anreize schaffen:

- g) Potenzielle „Brückenbauer“ in den Kommunen identifizieren und fördern.
- h) Entstehung kleiner (!) ethnischer *Communities* fördern, ohne damit soziale Beziehungen zu Einheimischen zu ersetzen. Kleine ethnische Gemeinschaften können dazu beitragen, neuankommende Geflüchtete zu unterstützen („Hilfe zur Selbsthilfe“) und deren Abwanderung in Großstädte zu verringern.
- i) Individuelle Alltagsmobilität der Geflüchteten in ländlichen Räumen durch innovative Konzepte fördern (z. B. durch Strukturen von Mitfahrgelegenheiten), um Nachteile durch unzureichende ÖPNV-Anbindung auszugleichen.
- j) Grenzen ehrenamtlichen Engagements deutlich machen und Zugang zu professionellen psychosozialen Betreuungsangeboten für Geflüchtete auch in ländlichen Räumen ermöglichen.
- k) (Finanzielle) Anreizsysteme für Kommunen schaffen, Flüchtlinge aufzunehmen. Vor dem Hintergrund von Abwanderung und demographischem Wandel sollte ein Perspektivenwechsel dazu führen, Flüchtlinge nicht zwingend als Belastung für Kommunen anzusehen. Vielmehr sollten sie als Ressource, d. h. als potenzielle Unternehmer oder Angestellte, Nachfrager für Waren, Dienstleistungen und Infrastrukturen (Schulen, Kindergärten) sowie als Vereinsmitglieder begriffen werden, auf die jede ländliche Kommune ein Anrecht hat.

Teile der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen wurden und werden von der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik antizipiert und aktuell

umgesetzt. Zur Entfaltung der Wirksamkeit ist jedoch ein integrierter, den lokalen Bedingungen angepasster Ansatz notwendig, der Integration und Zuwanderung als kommunale Zukunfts- und Querschnittsaufgabe versteht.¹⁹

Aus wissenschaftlicher Sicht ist eine langfristige, interdisziplinäre Begleitforschung zur Unterbringung von Geflüchteten in ländlichen Räumen angezeigt. Ein Monitoring der „Wohnkarrieren“ von Geflüchteten von der Unterbringung während des Asylverfahrens bis zur Zeit nach der Anerkennung kann dabei wertvolle Erkenntnisse über die Wohnsitzwahl im Zeitverlauf liefern. Auf regionaler Ebene bearbeiten die Autoren dieses Beitrags aktuell ein von der Staedtler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt, welches die Wohnstandortentscheidung anerkannter Flüchtlinge in den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau zum Thema hat. Dabei werden Geflüchtete mithilfe von standardisierten Fragebögen und zeichnerischen Aufgaben (Mobilitätskarten und bildgestützte Verfahren zur Ermittlung der Wohnstandortwünsche) zu ihrem Alltag (Mobilität, Interaktion mit der Lokalbevölkerung) und der Wohnstandortentscheidung zugunsten ländlicher Räume befragt. Daneben werden mithilfe von Expertengesprächen auch die Perspektiven der Ehrenamtlichen und Helferkreise, der Lokalpolitik sowie der Akteure des Immobiliensektors erfasst.

TOBIAS WEIDINGER, M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl Kulturgeographie und Entwicklungsforschung

DR. STEFAN KORDEL

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl Kulturgeographie und Entwicklungsforschung

ANMERKUNGEN

- ¹ Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Nennung von männlichen und weiblichen Personenbeschreibungen verzichtet. Alle Angaben beziehen sich grundsätzlich – soweit zutreffend – sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form.
- ² Dams, Jan / Kirst, Virginia: Das sind die Ballungszentren der Flüchtlinge in Deutschland, Welt online, <https://www.welt.de/wirtschaft/article150973911/Das-sind-die-Ballungszentren-der-Fluechtlinge-in-Deutschland.html>, Stand: 14.1.2016.
- ³ Die Autoren fassen unter dem Begriff Geflüchtete Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge als auch geduldete Personen zusammen.
- ⁴ Schech, Susanne: Silent Bargain or Rural Cosmopolitanism? Refugee Settlement in Regional Australia, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40(4)/2014, S. 601-618.
- ⁵ Die dezentrale Verteilung wird in Australien jedoch nur auf Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber, die per Boot oder Flugzeug ins Land kamen und keine Verwandten in Metropolitanräumen haben, angewandt. Vgl. Schech: Silent Bargain or Rural Cosmopolitanism, S. 607.
- ⁶ Hubbard, Phil: "Inappropriate and incongruous": opposition to asylum centres in the English countryside, in: *Journal of Rural Studies* 21/2005, S. 3-17.
- ⁷ Mithilfe von Spenden- und Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Plakataktionen mobilisierten die Bürgergruppen die Lokalbevölkerung gegen die Umnutzung zweier ehemaliger Militärgelände zu großen Asylaufnahmezentren mit eigenen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen für jeweils 750 Asylbewerber. Daneben schürten nationalistische Parteien wie die British National Party (BNP) zusätzlich Ängste, um politisches Kapital daraus schlagen zu können. Vgl. Hubbard: Inappropriate and incongruous, S. 4.
- ⁸ Pehm, Raimund: Der andere Fremdenverkehr. Die Unterbringung Asylsuchender aus der Sicht von Tourismusverbänden am Beispiel Tirols, in: *SWS-Rundschau* 47(2)/2007, S. 186-208.
- ⁹ Rosenegger, Hans: Alltag im Flüchtlingslager: Das Fehlen von Zeitstrukturen, in: *Leben im Transit. Über die psychosoziale Situation von Flüchtlingen und Vertriebenen*, hrsg. von Brigitte Lueger-Schuster, Wien 1996, S. 54-65.
- ¹⁰ Pflegerl, Johannes / Fernández de la Hoz, Paloma: Die Bedeutung des Wohnens für Migrantenfamilien in Österreich, Wien 2001.
- ¹¹ Pehm: Der andere Fremdenverkehr, S. 204.
- ¹² Radford, David: "Everyday otherness" – intercultural refugee encounters and everyday multiculturalism in a South Australian rural town, in: *Journal*

- of *Ethnic and Migration Studies* 2016, S. 1-18, <http://dx.doi.org/10.1080/1369183X.2016.1179107>, Stand: 3.5.2016.
- ¹³ Diese Brückenbauer können sowohl aus der Gruppe der Flüchtlinge als auch der der Einheimischen stammen. Vgl. Radford: *Everyday otherness*, S. 8.
- ¹⁴ Stenbacka, Susanne: *International Migration and Resilience: Rural Introductory Spaces and Refugee Immigration as a Resource*, in: *Regional Resilience, Economy and Society. Globalising Rural Places*, hrsg. von Christine Tamásy und Javier Revilla Diez, Farnham 2013, S. 75-93.
- ¹⁵ Seit einer Gesetzesänderung 1994 ist in Schweden die Verteilung von Asylbewerbern im Land grundsätzlich auf zwei Arten möglich: Der Asylbewerber kann sich entweder selbst eine Wohnung suchen oder die schwedische Migrationsbehörde vermittelt ihm eine von der Behörde angemietete Wohnung. Dabei können Gemeinden mit der Migrationsbehörde Verträge über die Bereitstellung von Wohnraum für Asylbewerber und Flüchtlinge aushandeln, was 2010 auch 260 der 290 schwedischen Gemeinden taten. Vgl. Stenbacka: *International Migration and Resilience*, S. 78.
- ¹⁶ Larsen, Birgitte R.: *Drawing Back the Curtains. The Role of Domestic Space in the Social Inclusion and Exclusion of Refugees in Rural Denmark*, in: *Social Analysis* 55(2)/2011, S. 142-158.
- ¹⁷ Ziel der Wohnsitzauflage war, dass Geflüchtete soziale Kontakte mit der Lokalbevölkerung aufbauen, die ihnen eine bessere Integration in die dänische Mehrheitsgesellschaft ermöglichen. Gleichzeitig sollte dadurch das Risiko, in urbanen Räumen sozial und ökonomisch marginalisiert zu werden, minimiert werden. Vgl. Larsen: *Drawing Back the Curtains*, S. 142 f.
- ¹⁸ Schech, Susanne / Rainbird, Sophia: *Negotiating integration. Refugees and asylum seekers in Australia and the UK*, in: *Migration and Insecurity. Citizenship and Social Inclusion in a Transnational Era*, hrsg. von Niklaus Steiner, Robert Mason und Anna Hayes, London 2013, S. 108-126.
- ¹⁹ Schader-Stiftung: *Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen. Forschungs-Praxis-Projekt Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel*, Darmstadt 2014.